

# Niederschrift

## BaMo/034/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und  
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine  
am 04.09.2025

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans Havers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Heeke	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

**beratende Mitglieder:**

Frau Stefanie Remberg

Ehrenamtliche Beauftragte  
f. Baudenkmalpflege

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.  
Beirat für Menschen mit  
Behinderung

**Vertreter:**

Frau Elke Parniske

SPD

Vertretung für Herrn Manoharan Murali

Herr Detlef Weßling

fraktionslos

Vertretung für Herrn Claus Schröder

Herr Prof. Dr. Thorben Winter

CDU

Vertretung für Herrn Martin Beckmann

**Gäste:**

Herr Eddy van Eeden

ehrenamtlicher Fahrrad-  
botschafter der Stadt Rheine

**Verwaltung:**

Herr Mark Dieckmann

Beigeordneter

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen  
und Bauen

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher  
Mobilitäts- und Verkehrs-  
planung

Herr Martin Forstmann

Fachbereichsleiter Straße  
und Bauen

Herr Rüdiger Elbers

Straßenverkehrsbehörde

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Martin Beckmann

CDU

Ratsmitglied

Herr Heiko Isfort

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Manoharan Murali

SPD

Ratsmitglied

Herr Claus Schröder

BfR

Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Franz-Josef Hesping

Sachkundiger Einwohner f.  
Seniorenbeirat

Herr Mahmoud Tahmaz

Sachkundiger Einwohner f.  
Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung am 26.06.2025**

Änderungs- und Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

**2. Informationen der Verwaltung**

Frau Jaske erläutert, dass innerhalb der Stadtverwaltung eine Umstrukturierung vorgenommen worden sei, um die **Schnittstellen zwischen dem Technischen Gebäudemanagement, der Schulverwaltung und der Schul-IT** zu optimieren, damit personelle Ressourcen effizienter eingesetzt werden können. Ziel dieser Maßnahme sei es, die Prozesse bei der Meldung von Anliegen durch Schulen zu vereinheitlichen und effizienter zu gestalten. Sie führt weiter aus, dass für das Auftragsmanagement eine Anwendungsleitlinie erstellt worden sei, die klare Vorgaben für die Bearbeitung der Anlagen und standardisierte Schreiben für die Einreichung von Schadensmeldungen enthalte. Weiter sei für die interne Kommunikation zwischen dem Technischen Gebäudemanagement und der Schulverwaltung/Schul-IT eine zentrale Dokumentationsstelle eingerichtet worden. Um die Akzeptanz und die Effektivität der neuen Prozesse beurteilen zu können, werde man nach einem halben Jahr eine Evaluation durchführen.

## 2.1. Straßenbeleuchtungskonzept

Herr Forstmann stellt anhand einer Präsentation das Straßenbeleuchtungskonzept mit seinen Zuständigkeiten, Zielen und Umsetzung vor. Er gibt Beispiele zur Standsicherheit der Masten, eine Übersicht über die Investitionen und den Energieverbrauch der letzten 10 Jahre. Er weist darauf hin, dass die Straßenbeleuchtung ein essenzieller Bestandteil der Verkehrssicherheit sei und regelmäßig überprüft werde. Er hebt hervor, dass ein Großteil der Beleuchtung bereits auf LED-Technik umgestellt worden sei, dies aber noch nicht vollständig erfolgen konnte. Die Stadt Rheine verfüge über 11.000 Leuchtenstandorte, die regelmäßig auf Standsicherheit überprüft und ggf. ausgetauscht werden. Zudem werde das Kabelnetz sukzessive erneuert, wobei ältere dreifadriges Kabel durch fünfadriges Kabel ersetzt würden, um dadurch zusätzliche Schaltungsoptionen zu erhalten. Er erläutert den Unterschied der Leuchtentypen und Modelle, die in der Vergangenheit verwendet wurden und weist darauf hin, dass durch die langlebigeren Materialien Kosten eingespart werden. Weiter gibt er einen Überblick über die Investitionen der vergangenen Jahre, die sich auf die Erneuerung von Betonmasten, Kabeln und Leuchtenköpfe konzentriert habe. Die jährlichen Investitionen würden zwischen 200.000 bis 300.000 Euro liegen, wobei die energetische Sanierung zu einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs geführt habe, obwohl die Anzahl der Leuchtenstandorte gestiegen sei. Die Stromkosten seien jedoch aufgrund steigender Energiepreise nicht im gleichen Maße gesunken. Abschließend gibt Herr Forstmann noch einen Ausblick auf Maßnahmen zur Kostenreduktion, wie z. B. die Einführung der Nachtabschaltung im Jahr 2005, bei der die Beleuchtung von 1:00 Uhr bis 4:30 Uhr abgeschaltet werde. Diese Maßnahme habe sich als unproblematisch erwiesen und werde weiterhin praktiziert.

Herr Brauer dankt Herrn Forstmann für die Präsentation und seinen Ausführungen und bittet nun um Fragen zum Thema.

Herr Schomaker möchte wissen, ob die Verlegung von fünfadriges Kabeln für das gesamte Stadtgebiet geplant sei. Er äußert Bedenken hinsichtlich der Kosten und regt an zu prüfen, ob an bestimmten Stellen auch auf ein fünfadriges Kabel verzichtet werden könne, um Einsparungen zu erzielen.

Herr Forstmann stimmt grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, dass die Verlegung von fünfadriges Kabeln sinnvoll sei, um zukünftige Erweiterung von Schaltungen zu ermöglichen.

Herr Moritzer fragt nach der Lichtverschmutzung, insbesondere im Hinblick auf Insekten.

Herr Forstmann berichtet, dass er sich intensiv mit der sogenannten Vulkanleuchte auseinandergesetzt habe und erklärt, dass die Leuchte zahlreiche Insekten anziehe und diese dann wiederum von Fledermäusen weggefangen werden. Er erklärt, dass das Licht nur nach unten abstrahle und somit eine geringere Fläche ausleuchte.

Herr Roling ergänzt, dass im Rahmen der Planung neuer Radwege auch neue Lampen vorgesehen seien, bei denen die Ausrichtung des Lichtes sowie die Lichtfarbe angepasst werden. Er verweist auf die Verwendung von warmen Licht mit einer Farbtemperatur zwischen 2000 und 3000 Kelvin, da dies insektenfreundlicher sei.

Herr Burmeister möchte zur Nachtabschaltung wissen, ob die Einsparungen aus dem Jahr 2005 in Höhe von 75.000,00 Euro angesichts gestiegener Energiekosten heute höher ausfallen oder ob die Umstellung auf LED-Lampen dies kompensieren könne.

Herr Forstmann erklärt, dass er hierzu keine Zahlen nennen könne, da die genaue Berechnung sehr aufwendig sei und noch nicht gemacht wurde.

Herr Burmeister weist darauf hin, dass Bürger sich nachts unsicher fühlten, wenn die Lampen abgeschaltet seien und regt an, diesen Aspekt bei zukünftigen Überlegungen stärker zu berücksichtigen.

Herr Havers thematisiert die Höhe der Lampenmasten, die in Wohnstraßen auf 4,50 Meter und in anderen Straßen bis zu 12,00 Meter betragen. Er weist darauf hin, dass Bäume die Lichtausbeute auf Fuß- und Radwegen und Straßen einschränken könne.

Herr Forstmann erklärt, dass die Höhenanpassung der Masten vorgenommen werde, um beispielsweise Müllwagen eine ungehinderte Durchfahrt zu ermöglichen. Sollten die Lampen von Baumbewuchs verdeckt werden, könne dies der TBR gemeldet werden, sodass die Bäume dann zurückgeschnitten oder die Lampen versetzt werden.

Herr Brauer schlägt vor, die Daten über den aktuellen Energieverbrauch der Nachtbeleuchtung dem Protokoll beizufügen und falls es dann noch Detailfragen gebe, diese in einem gesonderten Tagesordnungspunkt demnächst zu vertiefen.

***Antwort im Nachgang zum Protokoll:***

***Herr Forstmann hat seine Präsentation um die absoluten Zahlen (Seite 20 der Präsentation) ergänzt. Die aktuelle Stromersparnis für das Jahr 2024 hat 105.000,00 Euro betragen. (Seite 26 der Präsentation)***

***Die Präsentation wurde um die o.g. Beträge aktualisiert und ist als Datei zur Niederschrift angefügt worden.***

## **2.2. Förderbescheide Elsa-Brändström-Realschule und Canisiusschule**

Herr Dieckmann erklärt, dass es zwei Förderbescheide gegeben habe. Einmal für die Elsa-Brändström-Schule für den Fahrradkeller in Höhe von 183.748,00 Euro und für die Canisiusschule in Höhe von 400.750,00 Euro. Die Fördermittel der Canisiusschule seien KfW-Fördermittel und auch schon bereits verbaut worden.

## **2.3. Aktueller Sachstand zur Sporthalle am Emsland-Gymnasium**

Herr Dieckmann gibt einen Ausblick auf den aktuellen Sachstand zur Sporthalle am Emsland-Gymnasium. Er dankt den betroffenen Schulen und Vereinen für ihre Unterstützung, die es ermöglicht haben, den Sport- und Schwimmunterricht trotz der Einschränkungen aufrechtzuerhalten. Er berichtet, dass mit den Entkernungsarbeiten unverzüglich nach dem Vorfall begonnen worden sei, wobei die chemische Untersuchung zum Kontaminierungsgrad bereits Ende der Sommerferien abgeschlossen worden sei. Die Sanitär- und Umkleideeinrichtungen seien wieder in Betrieb, sodass Außensport mit Umkleidemöglichkeiten möglich sei. Herr Dieckmann führt weiter aus, dass sämtliche Sportgeräte, einschließlich der in der Außengarage gelagerten, durch das Feuer unbrauchbar geworden und entsorgt worden seien. Zur statischen Nutzbarkeit der Halle könne er berichten, dass diese vollständig gegeben sei und nur drei Stahlbetonbinder saniert werden müssen. Das Dach müsse erneuert werden, wobei das bestehende Trapezblech vorübergehend als Schutz gegen Witterungseinflüsse diene. Das Außenmauerwerk sei größtenteils intakt, wobei jedoch die zweite Schale im oberen Bereich aufgrund von Rußeintrag entfernt

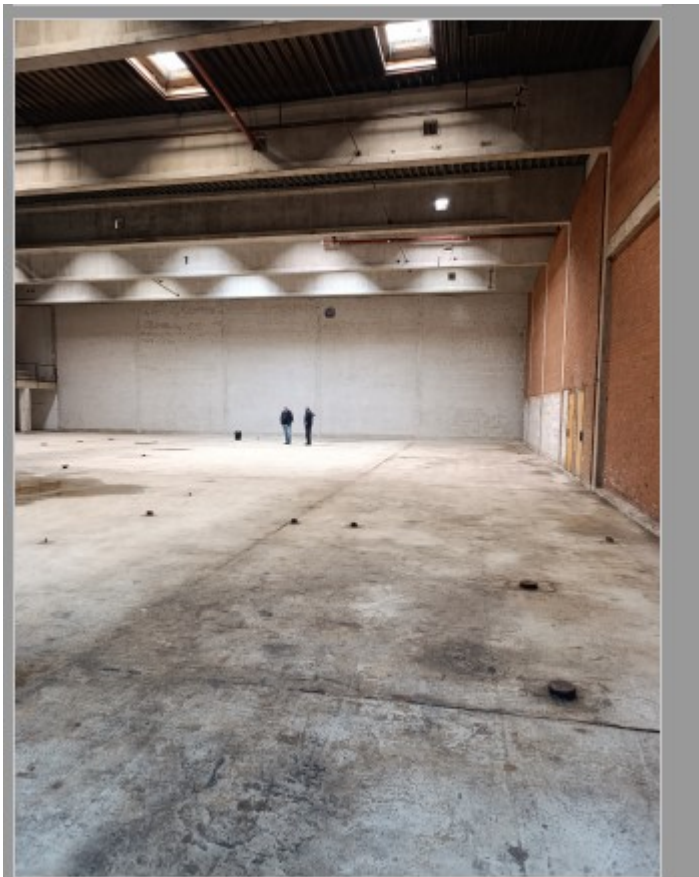
werden müsse. Somit favorisiere die Verwaltung eine vollständige Erneuerung der Fassade, um die Halle energetisch auf den aktuellen Stand des Gebäudeenergiegesetzes zu bringen. Die Kosten für die energetische Verbesserung würden teilweise von der Kommune getragen, was Herr Dieckmann aber als gut investiertes Geld sehe. Er erklärt, dass die Versicherung die Kosten für die Elektro-, Heizungs- und Lüftungsinstallationen, das Dach, den neuen Sportboden sowie die Zwischendecke übernehmen werde. Ein Abschlussgespräch mit der Versicherung sei für den kommenden Mittwoch terminiert. Danach werden zeitnah die Ausschreibungen vorbereitet. Herr Dieckmann weist noch einmal auf die während der Sommerferien geleistete Arbeit hin und zeigt anhand von Fotos den aktuellen Zustand der Halle.

Herr Schaper erkundigt sich nach einer Einschätzung zu den zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen des Projektes.

Herr Dieckmann erklärt, dass konkrete Zahlen erst nach Abschluss des Gutachtens bekanntgegeben werden können. Die zeitliche Planung hänge davon ab, welche Fassaden ausgewählt werde, sowie von der Fertigstellung der Planungs- und Ausschreibungsunterlagen. Dies sei die Voraussetzung, um einen Bauzeitenplan erstellen zu können.

Herr Brauer ergänzt, dass er bewusst darauf verzichtet habe, einen Zeitplan abzufragen, da die Planungen noch nicht weit genug fortgeschritten seien. Er warnt davor, Termine zu setzen, die aufgrund unvorhergesehener Hindernisse möglicherweise nicht eingehalten werden könnten. Dies sei eine Praxis, von der man sich lösen müsse, um realistische Erwartungen zu schaffen.





### 3. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Christian Jansen erkundigt sich, ob die Möglichkeit, die **Geschwindigkeit auf der Rheiner Straße** auf Höhe der Kirche auf 30 km/h zu reduzieren, aufgrund der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft worden sei.

Herr Elbers weist darauf hin, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW kontaktiert worden sei und eine Abwägung vorgenommen wurde. Es sei festgestellt worden, dass die Verkehrssicherheit vollständig gegeben sei. Es gebe keine Missstände im Straßenraum, da dieser vollständig ausgebaut worden sei und es Querungsmöglichkeiten und Hervorhebungen gebe. Es bestehe somit keine Notwendigkeit, die Geschwindigkeit auf 30 km/h abzusenken.

Zur Beschilderung an der Kreuzung **Basilikastraße und Bevergerner Straße** erklärt Herr Burmeister, dass die Verkehrsschilder in beide Richtungen eine Anliegerfreigabe haben. Dies habe zur Folge, dass die Basilikastraße für den allgemeinen Verkehr zur Sackgasse werde.

Herr Roling bestätigt die Ausführungen von Herrn Burmeister und erklärt, dass die Bevergerner Straße, wenn sie von der Elter Straße aus befahren werde, derzeit anliegerfrei beschildert sei. Er informiert, dass diese Beschilderung aktuell überprüft werde und im Zuge des Ausbaus der Basilikastraße eine Anpassung erfolge. Er führt aus, dass eine Freigabe für Pkws auf dem Abschnitt zwischen Diekbrede und Bevergerner Straße möglich sei, dies jedoch noch abgestimmt werden müsse. Ziel sei es, den Verkehr größtenteils über die Anliegerregelung zu steuern. Er kündigt an, dass die Anpassungen im Rahmen des Ausbaus der Basilikastraße vorgenommen werden.

Herr Elbers schlägt vor, den Punkt im nächsten Arbeitskreis Verkehr erneut aufzugreifen.

Herr Schaper weist darauf hin, dass sich der Fahrradverkehr durch die Sperrung der **Fußgängerbrücke am Bernburgplatz** erheblich in die Emsstraße verlagert habe. Er betont, dass er eine frühzeitige Information durch die Verwaltung erwartet hätte, anstatt erst aus der Presse von der Situation zu erfahren. Er fragt, ob seitens der zuständigen Behörde Maßnahmen geplant seien, um die Zunahme des Fahrradverkehrs in der Emsstraße einzudämmen.

Herr Forstmann weist darauf hin, dass es ein Problem mit der Beschilderung der Umleitung für Fahrradfahrer gebe. Er betont, dass gemäß Straßenverkehrsordnung Fahrradfahrer in bestimmten Bereichen absteigen müssten, was jedoch oft nicht beachtet werde.

Herr Elbers schlägt vor, die Beschilderung zu überarbeiten, um die Zeitregelungen deutlicher zu machen.

Herr Forstmann betont, dass die aktuelle Regelung nur für eine begrenzte Zeit gelte und die Fahrradfahrenden in dieser Zeit ihre Fahrräder schieben müssen.

Herr Brauer schlägt vor, die Umleitungsschilder zu entfernen, um Verwirrung zu vermeiden. Aus seiner Sicht sei die Entfernung der Schilder die einfachste Lösung, um die Situation zu entschärfen.

Herr Moritzer gibt zu bedenken, dass ortsfremde Personen ohne die Schilder nicht wüssten, wie sie weiterfahren sollen. Er verweist auf die Bedeutung des Tourismus und die Notwendigkeit für einen guten Service für Fahrradfahrende.

Herr Nagelschmidt berichtet von negativen Kommentaren ausländischer Gäste zur Fahrradfreundlichkeit der Stadt und schlägt vor, die Regelung stillschweigend zu dulden, bis die Bauarbeiten abgeschlossen seien.

Herr Moritzer regt an, einen separaten Fahrradstreifen auf der Brücke einzurichten, um eine Trennung zwischen Fußgängern und Radfahrenden zu schaffen.

Herr Dieckmann hält dies, für die verbleibenden Wochen der Baumaßnahme, für nicht praktikabel.

Herr Forstmann schlägt vor, temporär den grünen Teppich wegzunehmen, um ein bisschen mehr Platz zu bekommen.

Herr Brauer bittet, dies zu prüfen.

Frau Willers erkundigt sich nach dem **Sachstand** bezüglich einer von ihr in der letzten Sitzung angesprochenen **Verkehrssituation an der Salzbergener Straße**.

*Antwort zur Anfrage und die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau NRW:*

2	<p>Salzbergener Straße B 481/Neuenkirchener Straße K 60/Am Thietor Anregung von Frau Willers während der BaMo-Sitzung am 26.06.2025: Frau Willers weist auf eine problematische Verkehrssituation an der Kreuzung Kardinal-Galen-Ring/Neuenkirchener Straße hin, dass es insbesondere vom Amtsgericht kommend, auf der Linksabbiegespur regelmäßig zu gefährlichen Situationen komme. Dies geschehe u.a. durch Pkws die im Ampelbereich Wendemanöver durchführen und durch Rückstaus aus der Poststraße und Thiemauer, wo die Fahrzeuge, die vorher von der Neuenkirchener Straße kamen, nicht zügig genug die Poststraße herunterfahren können. Herr Brauer bestätigt die Beobachtung von Frau Willers und ergänzt, dass solche Wendemanöver regelmäßig zu riskanten Situationen führen.</p> <p>Ergebnis Nach Abwägung zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, der Mobilitäts- und Verkehrsplanung und der Straßenverkehrsbehörde kamen alle Beteiligten darin überein, dass aktuell kein Handlungsbedarf besteht. Nähere Details gehen aus der unten angefügten Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau NRW hervor:</p>
---	---



Der zeitliche Abstand zwischen dem räumenden Verkehr (B) aus der Neuenkirchener Straße und dem einfahrenden Verkehr aus Salzbergen/Amtsgericht (C) liegt laut Unterlagen bei 5 sec. Falls es in Stoßzeiten (morgens/abends...) zum Rückstau in der Postraße (Parkplatz) /Am Thietor kommt, und die mittlere Spur (Links+geradeaus) der Neuenkirchener Str. nicht abfahren kann, ist ein Aufeinandertreffen von B und C (L) theoretisch möglich durch Nachläufer.

Aber es besteht ja Sichtkontakt und eine niedrige Geschwindigkeit im Fall eines Rückstaus.

Eine direkte Gefährdung wird bei Einhaltung der Ampelphasen daher nicht gesehen bei einer 180°-Wendung, soweit diese nicht schon bei Rot-Gelb beginnt bzw. solange verkehrsgerecht gefahren wird.

Zurzeit hat der Linksabbieger C (Li) aus Salzbergen ein Rotsignal mit Linkspfeil, hat also keinen Gegenverkehr zu erwarten laut Schaltprogramm. Und eine 180° Wende nimmt auf keinen Fall mehr Zeit in Anspruch wie ein Abbiegen ins Thietor.

Herr Roling klärt die Anwesenden über die Problematik des Wendens an der Kreuzung auf. Er erläutert, dass bei einem sogenannten „U-Turn“ die Mittelinsel genutzt werde, um eine 180-Grad-Wendung vorzunehmen. Auf der gegenüberliegenden Seite der Kreuzung sei ein entsprechendes Schild aufgestellt worden, da dort Rechtsabbieger aus der Neuenkirchener Straße zur gleichen Zeit Grün haben und ein Konflikt im Signalprogramm bestehe. Solche Schilder würden in der Regel dann aufgestellt, wenn eine Gefährdung durch das Signalprogramm vorliege. In der aktuellen Situation gebe es jedoch laut Herrn Roling keine Konflikte im Signalprogramm, weshalb der Landesbetrieb Straßenbau NRW entschieden habe, kein Schild aufzustellen. Er führt weiter aus, dass es in verkehrsschwachen Zeiten unproblematisch sei, ein solches Wendemanöver durchzuführen, aber in verkehrsstarken Zeiten es jedoch zu Behinderungen kommen könne. Dennoch sei die Entscheidung gefallen, kein Verbot auszusprechen, da keine unmittelbare Gefahrenlage bestehe.

Christian Jansen regt an, die **Verkehrssituation in Mesum**, insbesondere in der **Alten Bahnhofstraße**, erneut zu überprüfen. Er weist darauf hin, dass durch die neue Einbahnstraßenregelung kein Gegenverkehr mehr zugelassen sei. Es sei jedoch sinnvoll, die Gesamtsituation der umlie-

genden Straßen zu evaluieren. Weiter weist Herr Jansen auf die Vielzahl an Verkehrsschildern hin, darunter Spielstraßen- und Tempo-30-Zonen-Schilder, die seiner Meinung nach zu Verwirrung führen können. Er schlägt vor, die Beschilderung zu reduzieren und eine einheitliche Regelung zu schaffen, da das umliegende Wohngebiet bereits durchgängig als Tempo-30-Zone ausgewiesen sei. Darüber hinaus spricht Herr Jansen die Einfahrt von der Rheiner Straße in die Alte Bahnhofstraße an. Er hebt hervor, dass Fahrradfahrende diese Einfahrt nutzen dürfen, es jedoch zu Konflikten kommen könne, wenn Autofahrer nach links abbiegen und dabei die linke Fahrspur blockieren.

Herr Roling bestätigt, dass bereits ein Entwurf für eine entsprechende Markierung vorliege und dieser im nächsten Ausschuss vorgestellt werden könne. Dieser Entwurf sehe eine rote Markierung für die Einfahrtssituation für die Radfahrenden vor. Zudem solle die Situation an der Ausfahrt beim Bäcker optimiert werden, um sicherzustellen, dass Fahrzeuge nicht zu weit links stehen und Radfahrer ungehindert einfahren könnten.

Frau Achterkamp erklärt, dass sie eine **Anfrage im Auftrag von Herrn Doerenkamp** vorbringen möchte.

Frau Achterkamp weist darauf hin, dass **im Bereich Wiggerdorf**, welcher zu **Hauenhorst** gehört, zahlreiche Verkehrsschilder aufgestellt worden seien. Sie weist darauf hin, dass diese Schilder teilweise durch den Bewuchs der Bäume verdeckt seien, sodass sie entweder gar nicht oder erst sehr spät zu erkennen seien. Hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der aufgestellten Schilder kündigt sie im Namen von Herrn Doerenkamp an, dass sich der Stadtteilbeirat hierzu noch äußern werde. Sie möchte wissen, wer für die Sichtbarkeit der Schilder verantwortlich sei und ob es möglich sei, diese entweder freizuschneiden oder besser zu platzieren.

Da die Technischen Betriebe für die Unterhaltung der Verkehrsschilder zuständig seien, regt Herr Elbers an, die konkreten Stellen dort zu melden oder ihm Fotos zuzusenden, die er dann weiterleiten würde.

Herr Moritzer erkundigt sich, ob für die **Kita im Europa-Viertel eine Tempo-30-Zone** auf der Catenhorner Straße eingerichtet werde. Er möchte wissen, ob man bereits Erfahrungen mit der dortigen Verkehrssituation gemacht habe.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass sich der Haupteingang der Kita auf einem Stichweg befinde, der in das Quartier hineinführe. Der Zugang zur Kita sei etwa 20 bis 25 Meter von der Catenhorner Straße entfernt und er frage sich, ob unter diesen Umständen eine Tempo-30-Zone überhaupt realisierbar sei.

Herr Brauer regt an, die Situation mit der Kita an der Marienkirche und der Osnabrücker Straße zu vergleichen. Er erläutert, dass die Kita dort ebenfalls abseits der Hauptstraße liege, jedoch auf der Osnabrücker Straße eine Tempo-30-Zone eingerichtet worden sei. Er bittet, dies bei den Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Burmeister ergänzt, dass es auch bei der Kita an der Johannesschule eine ähnliche Regelung gebe.

Herr Elbers erklärt abschließend, dass die Situation vor Ort geprüft werden müsse und er schon Rückmeldungen zu dem Thema erhalten habe.

Herr Schomaker erkundigt sich, ob die **Einrichtung von 30iger-Zonen im inneren Ring der Stadt** schon abgeschlossen sei. Er verweist dabei auf die Humboldtstraße, wo am Krämerhaus ein 20er-Schild in Richtung Stadthalle stehe, jedoch keine 30er-Zone ausgeschildert sei, weder von

der Kreuzung noch von der Stadthalle kommend. Er möchte wissen, ob diesbezüglich noch Maßnahmen geplant seien.

Herr Roling erklärt, dass die Pläne für die 30er-Zonen fertiggestellt seien und sich derzeit in der Umsetzungsphase befinden. Die Humboldtstraße sei Teil dieser Maßnahmen. Den spezifischen Fall des 20er-Schildes am Krämerhaus wolle man jedoch noch einmal prüfen, da dieser mit den weiteren Schritten in den angrenzenden Nebenstraßen abgestimmt werden müsse.

Herr Brauer stellt die Frage, ob die Fußgängersignalanlage auf der Lingener Straße zurückgebaut werde, falls diese Straße ebenfalls auf eine 30er-Zone reduziert werde.

Herr Roling bestätigt, dass dies der Plan sei. Der Rückbau solle nach einer erneuten Vorstellung im Ausschuss offiziell umgesetzt werden.

Herr Weßling weist darauf hin, dass es jedes Jahr zu Problemen, in Bezug auf den **Grünbewuchs im Seitenbereich entlang der Friedensstraße** komme, insbesondere im Abschnitt von der Neuenkirchener Straße bis zum Friedensplatz. Da es auch ein Problem der Verkehrssicherheit sei, wenn z. B. Fahrräder aneinander vorbeifahren müssen, gehe er davon aus, dass man sich darum kümmern werde.

Herr Heeke erkundigt sich nach der aktuellen **Verkehrssituation in der Lingener Straße**, die nun als Tempo-30-Zone ausgewiesen sei. Er fragt, ob die abknickende Vorfahrtregelung weiterhin bestehen bleibe oder ob stattdessen die Regelung „rechts vor links“ eingeführt werde.

Herr Roling erläutert, dass die Verkehrssituation in diesem Bereich als so unübersichtlich eingeschätzt werde, dass man sich in Abstimmung mit Herrn Elbers entschieden habe, die abknickende Vorfahrtregelung beizubehalten.

Herr Brauer weist darauf hin, dass die Lingener Straße und die damit verbundenen Änderungen, einschließlich des Rückbaus der Lichtsignalanlage, im Ausschuss noch einmal vorgestellt werden solle. Herr Brauer schlägt vor, das Thema auf die Tagesordnung einer zukünftigen Sitzung zu setzen, um eine ausführlichere Diskussion zu ermöglichen.

#### 4. Einwohnerfragestunde

##### Bürger 1

Bürger 1 fragt zur Ost-West-Verbindung für Fahrradfahrende, die mehrfach in Leserbriefen thematisiert worden sei. Er möchte wissen, bis wann Alternativpläne vorgelegt werden können, die es Radfahrenden ermöglicht, die Strecke über den Bernburgplatz und die Dionysiusbrücke zügig zu überqueren, um die Innenstadt zu erreichen.

Herr Dieckmann erläutert, dass die derzeitige Ausschilderung der Verkehrsführung aufgrund der Sperrung der Brücke weiterhin Bestand habe. Er betont, dass nach der Wiedereröffnung der Brücke die ursprüngliche Regelung wieder in Kraft treten werde, wodurch eine Querung wie zuvor möglich sei.

Bürger 1 erkundigt sich nach möglichen Alternativen für die Nutzung der Emsbrücke oder der Nepomukbrücke.

Herr Dieckmann führt aus, dass eine Zweiteilung der Verkehrsführung, wie sie als Idee im Raum stehe, derzeit nicht vorgesehen sei und das Fahrradfahren auf der Brücke zunächst nicht erlaubt sei.

Bürger 1 bringt die Problematik der Verkehrssituation für Fahrradfahrende im Bereich der Bevergerner Straße in Richtung Osnabrücker Straße zur Sprache. Er erläutert, dass Radfahrende, die in die Stadt einwärtsfahren möchten, entweder links abbiegen müssen, was jedoch nicht erlaubt sei, oder rechts fahren und dabei einen Umweg in Kauf nehmen müssen. Er fragt, ob es Möglichkeiten gebe, die Situation zu entzerren und einfacher zu gestalten.

Thomas Roling erklärt, dass er die Situation zwar kenne, jedoch aktuell keine alternative Lösung sehe. Er führt aus, dass Radfahrer derzeit den Ring über die Ampel bei Rohlmann queren müssten, um entweder durch die Emsstraße oder entlang des Rings weiterzufahren. Er regt an, dass Vorschläge oder Ideen zur Verbesserung der Situation eingereicht werden können.

Herr Brauer ergänzt, dass eine mögliche Alternative darin bestehen könnte, den Parkplatz beim Ärztehaus zu nutzen. Er weist darauf hin, dass dort eine Zufahrt für Radfahrer vorhanden sei, die sich neben der Schranke befinde. Diese Route ermögliche es, schneller auf die Osnabrücker Straße zu gelangen und dabei eine Ampel zu umgehen.

## **5. Eingaben**

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

## **6. Jahresbericht des Fahrradbotschafters der Stadt Rheine**

Herr Brauer erinnert daran, dass Herr van Eeden als Fahrradbotschafter gewählt wurde und lädt ihn ein, über seine bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse zu berichten. Herr van Eeden erklärt, dass er seinen Vortrag in drei Teile gliedern möchte: eine kurze Einführung, einen Rückblick auf das vergangene Jahr und einen Ausblick auf zukünftige Maßnahmen. Er betont, dass seine Tätigkeit als Fahrradbotschafter ehrenamtlich sei und mit der aktuellen Ratsperiode enden werde.

Herr van Eeden berichtet, dass er im vergangenen Jahr die Situation des Radverkehrs in Rheine aus der Perspektive eines Niederländers analysiert habe. Dabei habe er zahlreiche Stadtteile besucht und Rundfahrten mit Stadtteilbeiräten und Bürgern unternommen. Er hebt hervor, dass das Interesse am Thema Radverkehr groß sei, was sich in einer hohen Beteiligung an den Veranstaltungen gezeigt habe. Gleichzeitig habe er jedoch auch Kritik und Unzufriedenheit wahrgenommen, die er als Ansporn sehe, die Bürger stärker in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen mit einzubeziehen. Er habe die Stadtteile ermutigt, konkrete Vorschläge für kleinere, schnell umsetzbare Verbesserungen einzureichen, anstatt sich ausschließlich auf große Infrastrukturprojekte zu konzentrieren. Herr van Eeden erläutert, dass er während der Mobilitätswoche in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat Radfahrtrainings für Senioren organisiert habe. Er weist darauf hin, dass das Radfahrtraining auf großes Interesse gestoßen sei und der Seniorenbeirat beschlossen habe, diese Übungseinheiten künftig regelmäßig anzubieten. Er lobt die Eigeninitiative des Seniorenbeirats, der das Projekt vollständig mit Radfahrtrainings und Workshops für Rollator-Nutzer übernommen habe. Zudem habe er zahlreiche Rückmeldungen von Bürgern erhalten, die auf Probleme im Radverkehr hinwiesen, welche er an die zuständigen Stellen weiterleiten werde.

Herr van Eeden berichtet von einer Veranstaltung mit der Dutch Cycling Embassy, die viele Teilnehmer inspiriert habe. In der Folge habe er politische Vertreter zu gemeinsamen Radrunden eingeladen, um ihnen aus seiner Sicht problematische Stellen im Radverkehr aufzuzeigen. Diese Rundfahrten haben zu einem besseren Verständnis der Herausforderungen geführt und auch

konkrete Verbesserungsvorschläge hervorgebracht. Er betont, dass kleinere, kostengünstige Maßnahmen oft effektiver seien als große Projekte, gerade im Hinblick auf begrenzten Haushaltsmitteln. Weiter schildert er seine Eindrücke von einer Radrunde, bei der Schulradwege begutachtet wurden. Er zeigt sich erschüttert über die mangelnde Sicherheit der Wege und äußert Verständnis dafür, dass viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen. Er schlägt die Einführung eines Schulradbusses vor, bei dem Kinder in Gruppen unter Begleitung von Eltern oder Lehrkräften zur Schule fahren, was aber auch Fragen zur Haftung und Verantwortung aufbringe. Er betont, dass sichere Schulwege ein zentraler Bestandteil einer radfreundlichen Stadt seien.

Herr van Eeden kündigt an, seinen Fokus in der nächsten Periode auf die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder zu legen. Er plant, in Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern und der Verwaltung, Workshops zu organisieren, um Maßnahmen zur Förderung des sicheren Radverkehrs für Kinder zu entwickeln. Gleichzeitig möchte er die Zusammenarbeit mit Stadtteilen intensivieren und diese ermutigen, gut ausgearbeitete Vorschläge für den Arbeitskreis Mobilität einzureichen. Er hebt hervor, dass auch die Außenbereiche der Stadt stärker berücksichtigt werden sollen, da diese oft das Gefühl haben, bei der Radverkehrsplanung vernachlässigt zu werden.

Herr van Eeden hebt hervor, dass eine verbesserte Streckenführung für Radfahrer eine wesentliche Verbesserung darstellen würde. Er betont, dass insbesondere im Umfeld von Schulen mit der Optimierung begonnen werden könne, da reparierte Straßenschäden oft zu unebenen Oberflächen führen, was die Sicherheit für Radfahrende beeinträchtigt. Gepflegte Radwege seien daher ein zentraler Aspekt der Verkehrssicherheit.

Herr van Eeden geht anschließend auf die Verkehrssicherheit in Kreisverkehren ein. Er berichtet von einem Termin mit Herrn Strauch und Herrn Fehr vom Kreis Steinfurt, bei dem die Gestaltung des Kreisverkehrs an der Catenhorner Straße und Mittelstraße thematisiert wurde. Er äußert sich kritisch zur Führung des Radverkehrs in diesem Bereich, da die Radfahrer zunächst in den Kreisverkehr geleitet und dann wieder auf die Straße zurückgeführt würden. Er zeigt sich unzufrieden mit der uneinheitlichen Gestaltung von Kreisverkehren in der Region. Es gebe Kreisverkehre, in denen Radfahrer Vorfahrt haben, andere, in denen sie auf die Straße geleitet werden und wiederum andere, in denen dies nicht der Fall sei. Er betont, dass diese Uneinheitlichkeit für Verwirrung Sorge und eine Standardisierung der Verkehrsführung in Kreisverkehren wünschenswert sei. Er regt an, Workshops zu spezifischen Themen wie der Gestaltung von Kreisverkehren zu organisieren, um Lösungen zu erarbeiten. Dies sei ein Punkt, den er in der kommenden Periode weiterverfolgen möchte.

Herr Brauer dankt Herrn van Eeden für sein Engagement und betont, dass er auch im neuen Bauausschuss mit der Fortführung dieser Aufgabe betraut werden solle. Er zeigt sich zuversichtlich, dass Herr van Eeden die nächsten fünf Jahre weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen werde.

**7. Verkehrssicherheit - Fahrradweg "Brückenstraße" Elte Richtung Mesum - Antrag der Fraktion CDU vom 16.06.2025  
Vorlage: 386/25**

Herr Burmeister äußert seinen Dank und hebt hervor, dass die Technischen Betriebe die Probleme auf dem betreffenden Radweg kurzfristig beseitigt haben. Er betont, dass man sich auch für die Zukunft ähnlich schnelle Reaktionen wünschen würde.

Herr Brauer schließt sich dem Dank von Herrn Burmeister an und ergänzt, dass er sich die Situation vor Ort bereits angesehen habe. Er bestätigt, dass die Arbeiten erfolgreich abgeschlossen worden seien. Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung lediglich die Kenntnisnahme und Zu-

stimmung zu den Maßnahmen vorsehe, erklärt er, dass keine weiteren Handlungen erforderlich seien.

**Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt den Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Ausbau Am Eichenhain (Inv. 95410010201901)  
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 339,  
Kennwort: "Eschendorfer Aue-Teil West"**  
I. **Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger**  
II. **Festlegung des Bauprogramms**  
Vorlage: 379/25

Herr Burmeister äußert Bedenken hinsichtlich der Anzahl der geplanten Besucherparkplätze in dem neuen Wohngebiet, das durch die Straße erschlossen werden solle. Er weist darauf hin, dass lediglich elf Besucherparkplätze vorgesehen seien und fragt, ob es zusätzliche Parkmöglichkeiten auf den Grundstücken der Anwohner geben werde. Zudem erkundigt er sich, ob es Auflagen für die Bauherren gebe, Besucherparkplätze auf den jeweiligen Grundstücken bereitzustellen, da ihm die Anzahl der vorgesehenen Parkplätze als unzureichend erscheine.

Herr Dieckmann erläutert, dass die städtischen Satzungen bereits eine höhere Anzahl an Parkplätzen vorsehen würden als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Grundsätzlich sei es jedoch nicht vorgesehen, den privaten Pkw-Verkehr auf öffentlichen Straßen parktechnisch einzuplanen, da dies nicht praktikabel sei. Er ergänzt, dass der Besucherverkehr in anderen Gebieten bislang ebenfalls funktioniere und die Verwaltung davon ausgehe, dass dies auch in diesem Fall der Fall sein werde.

**Beschluss:**

**Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger**

Der Bauausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung -

**Zu II: Festlegung des Bauprogrammes**

Der Bauausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau:

„Am Eichenhain“ / verkehrsberuhigter Bereich

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
  - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
  - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit Baum-/Strauchbepflanzung und mit Unterpflanzung
  - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation/Vorflut

### Fuß- und Radwege

1. Geh- und Radwegflächen mit Unterbau und einer Decke aus rotem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Wegebeleuchtung
3. Entwässerung mit Anschluss an die Kanalisation/Vorflut

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Ausbau Basilikastraße  
(Elter Straße bis Bevergerner Straße)  
Inv. 53140010202209  
Offenlage der Ausbauplanung  
Vorlage: 380/25**

Herr Schomaker fragt, ob die bisherigen Standards beibehalten werden oder ob Rampen verbaut werden, um die Bordsteine auf einer Höhe zu halten.

Herr Roling erläutert, dass der Radverkehr im Mischverkehr auf der Fahrbahn stattfindet, da es sich um eine Tempo-30-Zone handelt. Die Gehwege werden gepflastert und Zufahrten zu Grundstücken in der Regel abgesenkt. Er führt aus, dass in der „Krumme Straße“ Schrägborde eingebaut worden seien und dies auch für die Basilikastraße geprüft werde. Allerdings könne es technische Gründe geben, beispielsweise bei schmalen Gehwegen, die den Einsatz von Schrägborde unmöglich machen würde. Nur in solchen Fällen werde man auf die herkömmliche Bauweise zurückgreifen.

Herr Nagelschmidt erinnert an den Beschluss, bei Grundstückseinfahrten grundsätzlich Schrägborde einzusetzen, um Wellenverläufe auf Geh- und Radwegen zu vermeiden. Er betont die Be-

deutung dieser Maßnahme insbesondere für Rollstuhlfahrer und andere mobilitätseingeschränkte Personen.

Herr Roling bestätigt, dass dies das Ziel sei, jedoch technische Randbedingungen den Ausschlag geben müssen. Er verweist darauf, dass bei einer Gehwegbreite von 2,25 Metern der Einsatz von Schrägborden wahrscheinlich möglich sei.

Herr Meier ergänzt, dass eine Gehwegbreite von mindestens 1,50 Metern gewährleistet sein müsse, um die Bewegungsfreiheit für mobilitätseingeschränkte Personen sicherzustellen. Er weist darauf hin, dass eine Rampe innerhalb dieser Breite eine Verknappung des Gehwegs darstellen würde.

Herr Brauer fasst zusammen, dass die Einzelfallprüfung durch Herrn Roling deutlich gemacht worden sei. Nach der Offenlage könne die Vorlage erneut geprüft und diskutiert werden.

**Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Ausbautwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen des Fachbereiches 5 / Mobilitäts- und Verkehrsplanung im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Widmung von Straßen  
Vorlage: 381/25**

**Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Die Flurstücke 695, 782 und 818 tlw. in der Gemarkung Rheine Stadt, Flur 170, werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 09.1995 (StrWG NRW – GV. NRW S. 1028) in der zurzeit gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Flurstücke 695, 782 und 818 tlw. in der Gemarkung Rheine Stadt, Flur 170 erhalten die Eigenschaft einer Gemeindestraße nach § 3 Abs. 4. Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Der Übersichtsplan mit den in Gelb dargestellten Flächen ist Bestandteil der Widmungsverfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anfragen und Anregungen**

Christian Jansen äußert den Wunsch, dass die Verwaltung künftig regelmäßig über den **Sachstand der Baustelle des Rathauses** informieren solle. Er betont, dass dies insbesondere nach der Auflösung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses notwendig sei, um die Mitglieder auf dem aktuellen Stand zu halten. Zudem erkundigt er sich nach möglichen Veränderungen im Zeitplan seit der letzten Berichterstattung.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Zuständigkeitsordnung entsprechend angepasst werde, um die Angelegenheit wieder dem Bauausschuss zuzuordnen. Er beschreibt die Baustelle als herausfordernd, berichtet jedoch, dass der Zeitplan für die Bibliothek eingehalten werde. Diese sei am Montag staubfrei übergeben worden und die Regale weitestgehend aufgebaut. Die Einrichtung der Medien werde voraussichtlich am nächsten Tag abgeschlossen sein. Weiter sei mit Arbeiten vor dem Ratssaal begonnen worden, wobei die Herausforderung darin bestehe, weiterhin ausreichend Handwerker zu finden. Herr Dieckmann betont, dass man keine Schadstoffe im Gebäude belassen werde, auch wenn die Arbeiten hierzu zu Verzögerungen führen werden. Er zeigt sich erfreut über den Fortschritt bei der Bibliothek, die jedoch noch nicht vollständig für die Eröffnung bereit sei. Er gehe allerdings davon aus, dass die konstituierende Sitzung wie geplant im neuen Raum stattfinden werde.

Herr Meier berichtet von einer angeblich neu errichteten **Treppe in der Nähe der Jugendherberge mit nebenliegender Rampe in Wellenform**, die ohne entsprechenden Handläufe errichtet worden seien. Er sei von einer Dame mit einem Rollator darauf hingewiesen worden, da sie Schwierigkeiten gehabt habe die Rampe zu nutzen. Herr Meier fragt, warum der Beirat nicht in die Planung nicht mit einbezogen wurde. Er möchte wissen, wer für die Maßnahme verantwortlich sei.

Herr Dieckmann werde die Situation prüfen und die eigentumsrechtlichen Zuständigkeiten klären.

Herr Tappe schildert **Beschwerden von Anwohnern der Straße „Auf dem Brink“**, die durch Senkungen und große Pfützen nach Regenfällen schwierig zu befahren sei. Er berichtet, dass die Anwohner Unmut über die Situation äußerten, da die Pfützen bis auf die Grundstücke reichten und die Straße für Radfahrer kaum passierbar sei. Herr Tappe weist darauf hin, dass er bereits Herrn Dr. Vennekötter auf die Möglichkeit eines Straßenausbaus angesprochen habe, was jedoch noch geprüft werden müsse. Die Anwohner hingegen lehnen einen Erstausbau ab, da dies hohe Kosten für sie bedeuten würde.

Zu einer weiteren Anfrage berichtet Herr Tappe von einer **Baustelle** in der Nähe, bei der eine **Wasserentnahmestelle** errichtet worden sei und durch die Nutzung schwerer Baugeräte die Bankette der Straße beschädigt worden sei. Herr Tappe regt an, die verantwortliche Firma in Regress zu nehmen.

Herr Dieckmann erklärt, dass dies geprüft werde, sofern die Verursachung nachweisbar sei.

Frau Achterkamp verliest eine Anfrage von Herrn Doerenkamp. Sie erklärt, dass es um den **Straßenausbau der Hauptstraße in Hauenhorst** gehe. Sie führt aus, dass der bei der Bürgerinformation vorgestellte Ablauf, welcher den Ausbau der Hauptstraße von der Kreuzung bis zum Lindenhof und vom Lindenhof bis zum Ortsausgang vorsah, durch die tatsächlichen Gegebenheiten überholt sei. Der ursprüngliche Zeitplan, der drei Monate für die Hauptstraße und weitere drei Monate für die Kreuzung vorsah, sei nicht eingehalten worden. Sie fragt, ob es weitere Änderungen gebe, die beabsichtigt, jedoch noch nicht kommuniziert worden seien und wie der aktuelle Zeitplan für die Baumaßnahme aussehe.

Herr Dieckmann erklärt, dass es sich bei der Baustelle um ein Projekt des Kreises handele. Er gibt an, dass die entsprechenden Informationen beim Kreis erfragt werden müssten, da ihm die

Details nicht bekannt seien. Er schlägt vor, die Antwort auf diese Frage über das Protokoll zu klären.

#### Antwort im Nachgang zum Protokoll:

##### Antwort Kreis Steinfurt:

Der Bauablauf wurde zugunsten der Fußverkehrsverbindungen geändert.

Im ursprünglichen Bauablauf wäre ein Passieren der Baustelle zwar auf beiden Gehwegseiten, aber immer nur von einer Seite/Fahrtrichtung (Kreuzung K 66 oder von ortsauswärts) aus möglich gewesen. Durch die Umstellung des Ablaufs konnten u. a. die Umwege für die Schüler verringert und die Schule einseitig von beiden Fahrtrichtungen aus erreicht werden.

Der weitere zeitliche Ablauf sieht für die 41. KW Asphaltierungsarbeiten vor, so dass eine erste Freigabe (vermutlich noch ohne Markierung) ab dem 13.10. zu erwarten ist.

Bis dahin ist auch der 1. Teil der Kreuzung K 66 / K 77 fertig.

Der 2. Kreuzungsteil, sowie der Sanierungsabschnitt außerorts sollen bis Anfang Dezember 2025 fertiggestellt werden.

Frau Achterkamp berichtet, dass sie vor fünf Jahren bereits per E-Mail-Kontakt bezüglich der **Ampelanlage an der Kreuzung Franziskusstraße/Burgsteinfurter Damm** aufgenommen habe. Sie weist darauf hin, dass diese Anlage sehr veraltet sei und nicht den aktuellen Anforderungen entspreche, insbesondere im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Menschen mit Beeinträchtigungen. Sie habe gehört, dass Straßen.NRW ebenfalls die Veralterung der Anlage erkannt habe und einen Austausch für notwendig halte. Sie erkundigt sich, ob seitens der Stadt eine Kontaktaufnahme mit Straßen.NRW erfolgt sei, um auf die Modernisierung der Ampelanlage hinzuwirken. Sie betont die Bedeutung der Maßnahme, da sich in der Nähe eine Grundschule und ein Kindergarten befinden würde.

Herr Roling bestätigt, dass die Ampelanlage relativ alt sei und mutmaßt, dass sie aus dem Jahr 1987 stamme. Er erklärt, dass die Baulast und Zuständigkeit bei Straßen NRW liege und diese für die Erneuerung verantwortlich sei. Er habe vor einigen Jahren bereits Kontakt zu Straßen.NRW aufgenommen, jedoch liege die Entscheidung über den Zeitpunkt der Sanierung bei Straßen.NRW, die eine Prioritätenliste für die Erneuerung von Ampelanlagen in ganz Nordrhein-Westfalen erstellt habe. Er erklärt, dass die Stadt keinen direkten Einfluss auf die Priorisierung nehmen könne, jedoch sei es möglich, gelegentlich nach dem Stand der Planungen zu fragen.

Frau Wellmann erklärt, dass sich die **Soldatenbrücke** in einem schlechten Zustand befinde und keine Beleuchtung vorhanden sei. Sie fragt nach, wer für die Instandhaltung und mögliche Verbesserungen zuständig sei.

Herr Dieckmann stellt klar, dass die Soldatenbrücke der Deutschen Bahn gehöre.

Herr Roling ergänzt, dass der angrenzende Radweg im Rahmen einer Vereinbarung mit der Deutschen Bahn errichtet worden sei und die Stadt Anteile daran habe. Er erläutert, dass die Rampe, die vom Helenenweg zur Brücke führe, eine Böschung mit einer Spundwand aufweise, die derzeit schräg stehe. Für diese Böschung sei ein Sanierungsplan erstellt worden und die Fertigstellung der Sicherheitsmaßnahmen sei für das kommende Jahr vorgesehen. Er weist darauf hin, dass auf der Rampe bereits zwei Leuchten installiert seien, jedoch auf der Brücke selbst keine Beleuchtung vorhanden und ursprünglich nicht vorgesehen gewesen sei.

Frau Wellmann weist darauf hin, dass die Bedeutung der Brücke und des Radwegs für die Verkehrssituation wichtig sei und hebt hervor, dass die derzeitigen Bedingungen problematisch seien.

Herr Roling erklärt, dass derzeit keine Planungen für die Installation einer Beleuchtung auf der Brücke vorlägen. Er fügt hinzu, dass ein entsprechender Antrag erforderlich sei, um dies in die Planungen aufzunehmen.

Herr Brauer weist darauf hin, dass an der **Zufahrt zum Altenheim „Am Humboldtplatz“** Schäden am Bodenbelag entstanden seien. Er erklärt, dass Begrenzungspfeiler herausgebrochen wurden, wodurch der Boden nun uneben und holprig sei. Zudem lägen die gepflasterten Steine teilweise hochkant auf dem Boden, was, insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner des Altenheims, ein Sicherheitsrisiko darstelle. Er betont, dass auch Ärzte in dem Gebäude tätig seien und Besucherinnen und Besucher mit eingeschränkter Mobilität das Altenheim aufsuchen würden. Herr Brauer möchte wissen, ob die Reparaturarbeiten in den Zuständigkeitsbereich der TBR fallen, da die Zufahrt nach der Widmung in deren Bereich liege. Er merkt an, dass zuvor Schilder aufgestellt gewesen seien, die das Befahren durch Fahrzeuge untersagten, diese seien jedoch mittlerweile entfernt worden.

**Antwort im Nachgang zum Protokoll:**

Herr Forstmann: Die Arbeiten wurden erledigt.

*Ende der Sitzung:*

*18:52 Uhr*

---

Karl-Heinz Brauer  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Mischok  
Schriftführerin